



LANDTAG LIBERAL

04
23

**MEHR VERBINDLICHKEIT
IN DER MIGRATIONSPOLITIK!**

DAS MAGAZIN DER FDP-LANDTAGSFRAKTION NORDRHEIN-WESTFALEN

Gastbeitrag
Joachim Stamp

Rekordhaushalt
in NRW

Kita-Kollaps
verhindern

Liebe Leserin, lieber Leser,

in Folge des grausamen Terrorangriffs der Hamas auf Israel kamen auch in Nordrhein-Westfalen tausende Menschen auf die Straße, um ihre Solidarität mit der jüdischen Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen.

Gleichzeitig konfrontieren uns verstörende Demonstrationen vornehmlich aus migrantischen Milieus, die offen die Ermordung von 1.400 Jüdinnen und Juden feierten, mit einer harten Realität. Unter die Fahne der Palästinenser mischten sich schnell Symbole des Islamischen Staats. In Essen forderte eine Demonstration gar die Errichtung eines Kalifats. Offen zur Schau gestellter Antisemitismus durch das Markieren von Häusern mit dem Davidstern, Angriffe auf Synagogen und Gedenkstätten, aber auch Hass und Verachtung in den Sozialen Medien sind alarmierende Signale einer wachsenden Radikalisierung, die wir nicht ignorieren dürfen. Dies erfordert schnelle und klare Reaktionen von Polizei und Justiz.

Doch gerade die Funktionsfähigkeit der Justiz in Nordrhein-Westfalen ist gefährdet. Die strukturellen Mängel und Fehlentwicklungen sind offensichtlich: Nachwuchssorgen und zunehmender Personal-mangel mit Hunderten unbesetzter Stellen, vernachlässigte Digitalisierung, unzureichende Bezahlung der Justizbeschäftigten, Fehlen von Aufstiegsperspektiven und modernen Berufsbildern. Die Liste ist lang, die Lösungen von CDU und Grünen unzureichend.

Dringender Handlungsbedarf besteht aber auch bei der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nord-rhein-Westfalen: Nach dem ideologisch vorgezogenen Kohleausstieg von CDU und Grünen, also einer künstlichen Verknappung von Energie, wollte Wirtschaftsministerin Mona Neubaur die Folgen ihrer Politik mit einem subventionierten Industriestrompreis ausgleichen. Diesen hätten am Ende kleine Betriebe und private Verbraucher mit ihren Steuern bezahlen müssen. Der Forderung haben wir frühzeitig eine Absage erteilt.

Die nun vom Bund beschlossene Absenkung der Stromsteuer kommt dagegen allen und nicht nur wenigen Großunternehmen zugute – und stärkt damit auch Wirtschaft und Industrie in Nordrhein-Westfalen.

Informieren Sie sich auf den folgenden Seiten über liberale Politik für NRW und genießen Sie die Lektüre unserer neuen Ausgabe von Landtag.Liberal!

Ihr



HENNING HÖNE

Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW



Titel: Iliia/stock.adobe.com; Höne: James Zabel

KITA-KOLLAPS IN NRW VERHINDERN: ZEIT FÜR NEUE LÖSUNGEN



Rede von Marcel
Hafke in der
Aktuellen Stunde:



Um die Kitas in NRW steht es schlecht – leider gleich auf mehreren Ebenen. Es fehlen insgesamt 100.000 Kita-Plätze, jedes sechste U3-Kind wird nicht betreut. Energiepreissteigerungen und die Inflation setzen die Einrichtungen zudem unter hohen finanziellen Druck. Vielen Kitas droht die Schließung. Es zeigt sich, wie angespannt die momentane Lage ist. Wir als FDP-Landtagsfraktion wissen, wie wichtig Kita-Einrichtungen für NRW sind. Daher nehmen wir die Hilferufe der Betroffenen ernst und wollen durch kreative und einfach umsetzbare Lösungen den drohenden Kita-Kollaps verhindern. „Kindertagesstätten sind entscheidend für die frühkindliche Bildung, die soziale Entwicklung sowie für die Betreuung von Kindern. Der schwerwiegende Mangel an Kita-Plätzen belastet viele Familien in Nordrhein-Westfalen“, sagt Marcel Hafke, unser familienpolitischer Sprecher.

KITA-GRÜNDUNGEN DURCH ELTERNINITIATIVEN ERLEICHTERN

Viele Eltern ergreifen mittlerweile selbst die Initiative und versuchen, eigene Kindertagesstätten zu gründen. Dabei werden sie jedoch oftmals von der überborden-

den Bürokratie ausgebremst. „Anstatt Eltern Steine in den Weg zu legen, müsste die Landesregierung dankbar sein für die vielen engagierten Eltern, die Kitas gründen wollen und diese deshalb besser unterstützen“, fordert Hafke. Unsere parlamentarische Initiative „Ermöglichen statt ausbremsen“ macht konstruktive Vorschläge, um dieses Ziel zu erreichen.

GESETZESENTWURF ZUR KITA-ENTLASTUNG

Auch die aktuelle Kita-Finanzierung ist herausfordernd. Die nächste Anpassung der finanziellen Mittel ist nach dem Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) erst für August 2024 vorgesehen. Das ist für viele Kitas zu spät. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, die Dynamisierung auf den 1. Januar 2024 vorzuziehen und die Mittel somit früher bereitzustellen. „Mit einer KiBiz-Gesetzesänderung wollen wir den Kita-Trägern die dringend und kurzfristig benötigte finanzielle Unterstützung ermöglichen. So schaffen wir für sie finanzielle Stabilität und für die Familien in NRW sichere Kitaplätze“, so Hafke. Mit unserem Gesetzesentwurf kann das Land die Kita-Einrichtungen insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen effektiv unterstützen. ■

Bildhinweise: Любовь Мирскова/stock.adobe.com

MIGRATION ORDNEN, STEUERN UND BEGRENZEN

GASTBEITRAG VON
DR. JOACHIM STAMP

Nach den migrationspolitischen Chaos-Jahren von Merkel und Seehofer wollte die 2021 neugewählte Bundesregierung endlich Ordnung und Steuerung erreichen – sowohl in der Flüchtlingspolitik als auch bei der Arbeitskräfteanwerbung. Doch durch den Überfall Putins auf die Ukraine und die Aufnahme von weit mehr als einer Million Flüchtlinge innerhalb weniger Monate war die Aufnahmekapazität erschöpft. Die verabredete systematische Reform des

Migrationssystems war aufgrund der Überlastung der Behörden so nicht mehr möglich. Der weiter steigende Migrationsdruck aus aller Welt hat jetzt vielerorts zu einer völligen Überforderung geführt. Darum muss jetzt noch viel tiefgreifender umgesteuert werden als zu Beginn der Legislatur geplant. Anders als von CDU und CSU behauptet, gibt es allerdings keine Einzelmaßnahme, die das Problem wie von Zauberhand löst.

„EIN GANZER MASSNAHMENKATALOG MUSS UMGESETZT WERDEN“

Stattdessen ist ein ganzer Maßnahmenkatalog notwendig, der aber auch nur dann wirkt, wenn er tatsächlich vollständig umgesetzt wird. Auch die Grünen müssen sich jetzt dazu bekennen, den irregulären Zuzug zu begrenzen. Begrenzen heißt Verbesserung des Grenzschutzes an den EU-Außengrenzen, aber derzeit leider auch effektive Überwachung der Binnengrenzen, bis die Schleuserkriminalität in Deutschland gebrochen ist. Zudem muss die verabredete Rückführungsoffensive konsequenter umgesetzt werden. Die Verlängerung und Vereinfachung von Abschiebehaft ist dafür ein wichtiger Baustein. Die Bundesländer stehen in der Pflicht, so schnell wie möglich das Sachleistungsprinzip mit einer Bezahlkarte umzusetzen. In der zukünftigen gemeinsamen europäischen Asylpolitik (GEAS) muss Deutschland eine fairere Verteilung der Flüchtlinge in Europa erreichen, darf aber auch Maßnahmen wie Asylverfahren in Drittstaaten nicht blockieren.

„RUSSISCHES ROULETTE AUF DEM MITTELMEER BEENDEN“

Ziel muss es sein, das mörderische russische Roulette auf dem Mittelmeer zu beenden, bei dem viele ihr Leben verlieren, aber der Anreiz groß ist, weil bei Erreichen der Europäischen Union ein Daueraufenthalt wahrscheinlich ist. Wenn Migranten von den Booten geholt werden, aber nicht mehr automatisch in der EU anlanden, sondern in einem Drittstaat, kann die Magnetwirkung abgeschaltet werden. Zur

Mit der Einstufung als sichere Herkunftsländer in Kombination mit Migrationsvereinbarungen können wir Asylverfahren so beschleunigen, dass sich eine missbräuchliche Antragstellung gar nicht mehr lohnt. Auch mit anderen Ländern aus Afrika, Asien und Lateinamerika sind wir in konkreten Verhandlungen und haben erste Vereinbarungen getroffen. Klar ist: Nur mit Ausdauer, Geduld und harter Arbeit werden wir eine systematische Migrationspolitik erreichen. ■



Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für Migrationsabkommen, Dr. Joachim Stamp, bei Vertragsunterzeichnungen mit Usbekistan und Kirgisistan.



Wahrheit gehört, dass es noch keine Staaten gibt, die gleichzeitig willens und sowohl rechtstaatlich als auch infrastrukturell dazu in der Lage sind. Dies kann sich jedoch schnell ändern. Diplomatie ist gefragt für eine solche multilaterale Migrationsvereinbarung. Stück für Stück erarbeiten wir aber auch bilaterale Migrationspartnerschaften, um reguläre Zuwanderung dringend benötigter Arbeitskräfte zu stärken, aber auch Rückführungen in die Herkunftsländer zu vereinfachen. Als Verantwortlicher für diesen Bereich habe ich mit Georgien und Moldau mit zwei Ländern begonnen, aus denen über 11 Prozent der abgelehnten Asylanträge in Deutschland kommen.

PARADIGMENWECHSEL IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK:

HÖNE MAHNT NRW-LANDESREGIERUNG ZUR SCHNELLEN UMSETZUNG

Beim vergangenen Bund-Länder-Gipfel haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz und die Regierungschefinnen und -chefs der Länder auf einen neuen Kurs in der Flüchtlingspolitik verständigt. Hierzu eine Einschätzung von Henning Höne, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW:

Der Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik war überfällig. Wir begrüßen, dass Asylbewerber die sogenannten Analogleistungen, also die Leistungen, die in Art und Höhe denen der Sozialhilfe entsprechen, nun später erhalten. Auch Bezahlkarten anstelle von Bargeld einzuführen, ist ein wichtiger Schritt. Damit werden zwei unserer Hauptforderungen erfüllt und zentrale Pull-Faktoren reduziert. In Fragen der Staatsbürgerschaft muss der vorgesehene Punkt des Ausschlusses von Antisemiten weiter nachgeschärft werden. Wichtig ist jetzt, dass die Grünen in der Ampelkoalition diese Verhandlungserfolge nicht blockieren.

Viele der vereinbarten Maßnahmen hätten CDU und Grüne in Nordrhein-Westfalen selbst umsetzen können. Ministerpräsident Hendrik Wüst muss jetzt dafür sorgen, dass es keine Verzögerungen bei der Umsetzung in Nordrhein-Westfalen gibt. Ein zentraler Hebel sind die vereinbarten schnelleren Asylgerichtsverfahren, bei denen das Land NRW und insbesondere Justizminister Limbach gefordert ist. Wüst muss das Ziel, die Gerichtsverfahren von Asylbewerbern mit geringer Anerkennungsquote in nur drei Monaten abzuschließen, engagiert unterstützen. Asylgerichtsverfahren müssen in NRW analog zu Rheinland-Pfalz verkürzt und zentralisiert werden. In Nordrhein-Westfalen benötigen Gerichte im Schnitt 21,5 Monate, bis über eine Asylklage

entschieden ist. In Rheinland-Pfalz erfolgt der Richterspruch laut BAMF-Statistik schon nach 4,7 Monaten.

ASYLGERICHTSVERFAHREN BESCHLEUNIGEN

Die Zuständigkeit für sämtliche Asylklagen sollte zukünftig bei einem Verwaltungsgericht konzentriert werden. Bis dahin gilt es, die aktuell überlasteten Verwaltungsgerichte personell und organisatorisch zu stärken. Nur so kann das neue Gesetz zur Beschleunigung von Asylgerichtsverfahren Wirkung entfalten. Der grüne NRW-Justizminister Limbach darf die Probleme in der Justiz nicht länger ignorieren!

Die schwarz-grüne Flüchtlingspolitik ist bislang eine Politik des Scheiterns. Wüst und viele seiner Länderkollegen haben sich lediglich im politischen Klein-Klein geübt. Mit der Pro-Kopf-Pauschale vom Bund hat Wüst nun auch keine Ausreden mehr, warum er den Kommunen nicht stärker unter die Arme greift. Auch sein gemeinsames Scheitern mit der grünen NRW-Flüchtlingsministerin Paul beim Ausbau der landeseigenen Flüchtlingsunterkünfte muss endlich beendet werden. Städte und Gemeinden sollten endlich eine auskömmliche Unterstützung erhalten. 2015/16 standen 80.000 landeseigene Flüchtlingsplätze zur Verfügung, Schwarz-Grün schafft 2023 nicht mal 35.000. Das ist eine politische Bankrotterklärung. ■

DIE JUSTIZ IST GEFÄHRDET, DER NRW-JUSTIZMINISTER IGNORIERT SEINE PFLICHTAUFGABEN

Die Funktionsfähigkeit der Justiz in NRW ist gefährdet. Gründe hierfür sind unter anderem der zunehmende Personalmangel, vernachlässigte Digitalisierung, unzureichende Bezahlung der Justizbeschäftigten und fehlende Aufstiegsperspektiven. Die Liste ist lang, die Folgen verheerend. Innerhalb von zwei Jahren sind die offenen Ermittlungsverfahren in NRW um 34 Prozent gestiegen. Als Freie Demokraten sehen wir dringenden Handlungsbedarf: „Das Rechtssystem in NRW droht derzeit zu kollabieren. Fast eine Viertelmillion Ermittlungsverfahren sind aktuell unerledigt, 200 Staatsanwälte sowie 372 Rechtspfleger und Amtsanwälte fehlen“, zeigt sich unser rechtspolitischer Sprecher Dr. Werner Pfeil besorgt. ■

JUSTIZMINISTER IN DER KRITIK: RÜCKTRITT GEFORDERT

Doch NRW-Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) kümmert sich lieber darum, die Cum-Ex-Staatsanwaltschaft in Köln umzubauen, oder einer Duzfreundin den Präsidentenposten am Oberverwaltungsgericht Münster zu geben. Durch hartnäckige Oppositionsarbeit ist es uns zusammen mit der SPD gelungen, dass Limbach seine umstrittenen Pläne für den Umbau der Cum-Ex-Staatsanwaltschaft kippen musste. Zudem hat sich „Minister Wendehals“ in einer erneuten Sondersitzung für seine fragwürdige Auswahlentscheidung für die Präsidentenstellenbesetzung erklären müssen. „In der fast 75-jährigen Geschichte NRW hat noch kein Justizminister so in der Kritik gestanden wie Limbach mit seinen umstrittenen Entscheidungen“, macht Pfeil deutlich. Unser Fraktionsvorsitzender Henning Höne ergänzt: „Medienberichten zufolge hat Limbach den Rechtsausschuss und die Öffentlichkeit belogen. Geht der Justizminister nicht von selbst, steht Ministerpräsident Hendrik Wüst in der Pflicht, ihn zu entlassen!“ ■

MEHR WERTSCHÄTZUNG FÜR DIE JUSTIZ

Mit einer umfassenden Initiative fordern wir maßgebliche Verbesserungen für unsere Justiz: „Wir brauchen ein Update für die NRW-Justiz! Mit einem nachhaltigen Modernisierungskonzept müssen wir die Berufsbilder fit für die Zukunft machen. Zudem müssen Richter, Staatsanwälte, Amtsanwälte, Rechtspfleger, Geschäftsstellenmitarbeiter, Gerichtsvollzieher, Wachtmeister und weitere Beschäftigte der Justiz angemessen entlohnt werden. Zusätzlich bedarf es zügiger Fortschritte bei der Digitalisierung und einer umfassenden Einstellungs-offensive in allen Justizberufen durch professionelles Marketing“, sagt Pfeil. Die NRW-Landesregierung und Justizminister Limbach müssen endlich Tempo machen! ■

IMPRESSIONEN AUS DER FRAKTION

PARLAMENTS- NACHT IM LANDTAG



KULTURFRÜHSTÜCK IN KÖLN



CHRISTIAN LINDNER ZU BESUCH BEI DER LANDTAGSFRAKTION



WIR WOLLEN NRW ZUM VORREITER FÜR VERTICAL FARMING MACHEN!

Wie können wir den urbanen Raum nachhaltig landwirtschaftlich nutzen? NRW hat eine hohe Bevölkerungsdichte und steht vor großen Herausforderungen im Hinblick auf den Klimawandel, den Flächenverbrauch und die Ernährungssicherheit. Vertical Farming könnte einen wichtigen Beitrag zur Lösung dieser Herausforderungen leisten, indem es die lokale Produktion von Lebensmitteln verbessert.

Der vertikale Anbau bietet zahlreiche Vorteile: Lebensmittel können auf kleinerer Fläche, mit weniger Wasser und Nährstoffen angebaut werden. Auf Pflanzenschutzmittel kann verzichtet werden, da es ein geschlossenes System darstellt. Dietmar Brockes, unser agrarpolitischer Sprecher, erklärt: „Wir wollen den Ausbau von Vertical Farming in Nordrhein-Westfalen erleichtern. NRW muss die Chance nutzen und sich als Vorreiter für diese Technologie positionieren!“ ■



NRW-LANDES-
HAUSHALT:

REKORDAUSGABEN OHNE ECHTE ZUKUNFTSAKZENTE



Das Finanzvolumen des NRW-Haushalts wird um fast 8 Prozent steigen und mit 102 Milliarden Euro eine neue historische Marke erreichen. Die aktuell vorgelegten Rekordausgaben beinhalten keine politische Prioritätensetzung, die der Zeitenwende gerecht wird. Für uns ist klar: Dieser Haushalt ist kein Sparhaushalt!

„Das Katzengejammer von NRW-Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk über nicht noch stärker steigende Einnahmen war völlig unangebracht! Von einem Sparhaushalt kann keine Rede sein“, kritisiert Ralf Witzel, stellvertretender Vorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher unserer Fraktion. Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Herausforderungen und der notwendigen Einhaltung der Schuldenbremse ist es unangemessen, dass der Haushalt weiter überproportional anwächst. Gleichzeitig schränken zusätzliche Zinsausgaben im hohen dreistelligen Millionenbereich den Spielraum für dringend notwendige Investitionen ein.

Der Haushalt ist strukturell unausgeglichen. Nur durch Sondereffekte und eine Reihe von Taschenspielertricks gelingt es Schwarz-Grün, formal einen Haushalt ohne Neuverschuldung zu präsentieren. Die Landesregierung führt die bisherige Mangelverwaltung mit ihrem Haushaltsentwurf konsequent weiter. Statt Aufgaben- und Ausgabenkritik zu üben, versucht sie, auf enorm fragwürdige Art und Weise an vermeintlich freie Mittel zu gelangen. Die Regierung schreckt beispielsweise nicht davor zurück, die Axt an den Pensionsfonds zu legen und die NRW.BANK zu plündern. „Wir fordern Nachhaltigkeit und Effizienz bei den öffentlichen Finanzen. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die NRW-Landesregierung aus CDU und Grünen hat im letzten Jahr die Schuldenbremse ausgehebelt und sich über einen Schuldenschirm fünf Milliarden Euro gegönnt.“

Aus dem Schuldenschirm stehen immer noch mehrere Milliarden Euro zur Verfügung, die faktisch laufende Haushalte entlasten. „Wer sich gestern höhere Schulden gegönnt hat, kann heute leichter leben. Doch das geht zulasten zukünftiger Generationen“, mahnt Witzel. Wir fordern die Landesregierung auf, Rahmenbedingungen für neues wirtschaftliches Wachstum zu schaffen und dem Haushalt die dringend notwendigen Zukunftsaufgaben beispielsweise im Infrastrukturbereich zu geben. ■

Redaktioneller Hinweis: Die FDP-Landtagsfraktion NRW engagiert sich derzeit mit zahlreichen Änderungsanträgen für eine vernünftige Haushaltspolitik in Nordrhein-Westfalen. Die Haushaltsberatungen des Landtags NRW dauern zum Druckzeitpunkt dieses Magazins weiter an.

Bildhinweise: bsd studio; Giorgi/stock.adobe.com

ARBEITSMIGRATION:

ANERKENNUNG VON BERUFSABSCHLÜSSEN VEREINFACHEN



Etwa 60 % der Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse bleiben in NRW erfolglos. Das geht aus einem Bericht des Arbeitsministeriums hervor. Im Jahr 2022 bemühten sich 12.800 Menschen um die Anerkennung ihrer im Ausland erworbenen Abschlüsse – die meisten im vom Fachkräftemangel stark betroffenen Gesundheitsbereich. „In der Praxis berichten Betroffene aber von zu langen Wartezeiten und zu kurzen Sprechzeiten. Dies signalisiert weder Wertschätzung noch Willkommen gegenüber den dringend benötigten Fachkräften. Diese Engpässe müssen unbedingt aufgelöst werden“, fordert Susanne Schneider, unsere Sprecherin für Arbeit und Gesundheit. Wir fordern zügige und vereinfachte Anerkennungsverfahren! ■

NORDRHEIN-WESTFALEN ZUM ENERGIESPEICHER- LAND MACHEN



Als größtes Energieverbrauchszenrum in Deutschland ist für Nordrhein-Westfalen eine zuverlässige Energieversorgung essentiell. Der geplante starke Zubau von Photovoltaik und Windkraft mit ihrer schwankenden Erzeugungsleistung machen es notwendig, Energiespeicher parallel zuzubauen. Die FDP-Landtagsfraktion NRW hat daher eine Initiative für den breitflächigen Ausbau von Energiespeichern in Nordrhein-Westfalen ins Plenum eingebracht. „Wir brauchen schnell Zahlen zum Speicherbedarf und eine Energiespeicherstrategie des Landes. So können wir NRW zum Energiespeicherland umbauen, die Versorgung sichern und Energiekosten sparen“, sagt Dietmar Brockes, unser Sprecher für Klimaschutz und Energie. Machen wir NRW zum Energiespeicherland Nummer 1! ■

UNTERBRINGUNG VON FLÜCHTLINGEN:

MEHR STEUERUNG UND PLANUNGSSICHERHEIT NOTWENDIG



Der NRW-Flüchtlingsrat hat die Unterbringung von Flüchtlingen in den Landes-Erstaufnahmen kritisiert. Menschen müssen monatelang in überfüllten Notunterkünften leben, die die eigentlich geltenden Standards nicht erfüllen. Für uns grenzt das Verhalten von Flüchtlingsministerin Josefine Paul (Grüne) an Arbeitsverweigerung. „Ministerin Paul wirkt überfordert und rennt den eigenen Ansprüchen bei den Landesunterkünften nur hinterher. Verlässliche Steuerung, Einhalten von Standards und dringend notwendiger Ausbau werden auf unbestimmte Zeit verschoben. Das reicht nicht und ist ein schwarz-grünes Scheitern mit Ansage“, kritisierte unser innenpolitischer Sprecher Marc Lürbke im WDR. „Immer wieder haben wir davor gewarnt. Wir müssen in NRW endlich wieder zu mehr Steuerung und Planungssicherheit kommen: Nur noch Personen mit echter Bleibeperspektive dürfen auf die Kommunen verteilt werden!“ ■

BILDUNGSCHANCEN UNABHÄNGIG VOM WOHNORT

Im bundesweiten Vergleich hat Nordrhein-Westfalen durchschnittlich die größten Grundschulklassen. Unsere Kleinen Anfragen an die NRW-Landesregierung haben nun konkrete Daten für jede Grundschule in NRW ergeben. Die Ergebnisse zeigen, dass Lehrermangel und zu große Klassen ungleich im Land verteilt sind. Regionen mit großen sozialen Herausforderungen haben besonders volle Klassenzimmer. „Wir sehen dringenden Handlungsbedarf! Für gerechte Bildungschancen unabhängig vom Wohnort der Kinder brauchen wir mehr Lehrkräfte und multiprofessionelle Teams“, sagt unsere Sprecherin für Schule, Franziska Müller-Rech. ■



ZW!SCHENRUF NRW

**DER PODCAST
DER FDP-FRAKTION
NORDRHEIN-WESTFALEN**



Alle
Folgen:



**JETZT
REINHÖREN
UND DEN
PODCAST
ABONNIEREN!**

LESEN SIE UNS AUCH ONLINE



@FDPFraktionNRW



@FDPFraktionNRW



@fdpltf_nrw



FDP-Landtagsfraktion NRW



@FDPFraktionNRW



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

FDP-Landtagsfraktion NRW

REDAKTION:

Verantwortlich für Inhalt und Seiten:
Tobias Havers

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

FDP-Landtagsfraktion NRW
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
fdp-fraktion@landtag.nrw.de

REDAKTIONSSCHLUSS:

30. November 2023

GESTALTUNGSKONZEPT UND LAYOUT:

www.lockvogel-hamburg.de

GEDRUCKT AUF:

Umschlag: Circle Offset – IGEPA;
Innen: Holmen TRND – IGEPA

DRUCK UND PRODUKTION:

Beisner Druck GmbH & Co. KG

FÜR UNSERE ZUKUNFT

Dieses Magazin wird aus
nachhaltigen Papierprodukten
hergestellt.

Unsere Paperauswahl ist
FSC®-zertifiziert.



UND WAS BEDEUTET DAS?

Weitere Informationen rund um das Thema
FSC®-Zertifizierungen können Sie online
nachlesen unter: www.fsc-deutschland.de